

Die Ergebnisse der Betriebsratswahlen bei Daimler-Benz in Stuttgart

Südwestfunk-Interview*

mit Franz Steinkühler am 8.10.1978

Dr. Locher:

Herr Steinkühler, dem Bezirksleiter der IG Metall von Baden-Württemberg kann die Wahlschlappe, manche sagen sogar Wahlniederlage, bei der jüngst nach Wahlmanipulation wiederholten Betriebsratswahl bei Daimler-Benz in Stuttgart nicht gleichgültig sein. Um zu rekapitulieren: Ihre Gewerkschaft führt im Betriebsrat von Daimler-Benz nur noch mit einer knappen Mehrheit vor einer aus der IG Metall ausgeschlossenen Gruppe Hoss/Mühleisen. Ist das nun ein einmaliger Ausrutscher, oder zeichnet sich da ein neuer Trend ab?

* Es handelt sich um die geringfügig überarbeitete Originalfassung. Wir danken dem IGM-Landesbezirk und dem Südwestfunk in Stuttgart.

Steinkühler:

Wir haben in Baden-Württemberg unmittelbar nach der Tarifbewegung Betriebsratswahlen hinter uns gebracht. Es wurden Interessenvertreter für 560 000 Mitglieder gewählt. Das hat die Öffentlichkeit kaum interessiert. Es ist bemerkenswert, daß der Ausrutscher eines Werksteils so große öffentliche Resonanz findet und, lassen Sie mich das sagen, daß der Eindruck entsteht, an diesem Werksteil Daimler Untertürkheim und um den Namen des Betriebsrates Hoss würden sich sämtliche antigewerkschaftlichen Ressentiments kristallisieren. Der generelle Trend ist — wie ich feststelle, wiederholt festgestellt habe —, daß die Gefahr besteht, daß die IG Metall an Tiefe in ihrer Arbeit generell verliert, weil die Betriebsräte in den letzten 4 Krisenjahren - 1 Million Arbeitslose im Durchschnitt — immer mehr in das Krisenmanagement seitens der Unternehmer einbezogen wurden und sich dadurch in der Tat Entfremdungstendenzen zu den Belegschaften sichtbar gemacht haben.

Dr. Locher:

Aber ist es nicht zwangsläufig bei der Mitbestimmung, Herr Steinkühler?

Steinkühler:

Nein, dies ist absolut nicht zwangsläufig, wie ja zahlreiche andere Beispiele unter gleichen, völlig gleichen und identischen Ausgangsvoraussetzungen zeigen. Ich weise z. B. daraufhin, daß bei Daimler-Benz Mannheim auch Streiks gewesen sind, dieselbe Krisenzeit gewesen ist, daß es dieselbe Mitbestimmung gibt und daß es sich um dasselbe Management, dasselbe Unternehmen handelt. Dort haben wir alle Gewerkschaftsgegner oder alle gegnerischen Listen aus dem Betriebsrat rausgedrückt. Dort haben wir zum erstenmal nach dem Krieg einen absolut reinen IG-Metall-Betriebsrat. Ich will damit deutlich machen, auf die Frage, ob Ausrutscher oder Trend, ist zu antworten: Daimler-Benz Untertürkheim ist kein Trend, Daimler-Benz Untertürkheim ist das Ergebnis der Summierung einer Reihe von Fakto-

ren, die, wie ich glaube, bis zur nächsten Wahl bereinigt werden können.

Dr. Locher:

Herr Steinkühler, Vergleichbares hat es, soviel ich weiß, im letzten Jahr bei Opel in Bochum gegeben. Insgesamt ist ja die Entfremdung der gewerkschaftlichen Basis von den eigenen Betriebsräten interessant. Gibt es etwas dagegen zu unternehmen? Sie werden ja künftighin auch im Betriebsrat von Daimler-Benz sein, Sie werden sich ja mit Hoss auseinandersetzen müssen. Was wollen Sie tun?

Steinkühler:

Ich werde nicht im Betriebsrat von Daimler-Benz sein, vielleicht einmal als Gast in einer Betriebsratssitzung. Mehr ist es sicherlich nicht, und ich kann auch nicht bestätigen, was immer wieder hochgeredet wird, daß es Entfremdungstendenzen zwischen Basis und Führung gibt. Mindestens für Baden-Württemberg kann ich feststellen, daß es dies nicht gibt. Wir haben trotz Krise beachtlichen Mitgliederzuwachs, wir haben einen hohen Grad an Vertrauen bei jeder Urabstimmung und wir haben eine Betriebsratswahl - ich habe bereits darauf hingewiesen - mit einem überdurchschnittlichen Erfolg für die IG Metall abgeschlossen. Von generellen Entfremdungstendenzen zwischen Basis und Führung zu reden, entbehrt jeglicher Fakten, entbehrt nach unserer Meinung jeglicher Grundlage. Deutlich gemacht werden muß es, daß der Umfang der Arbeit im Betriebsrat immer größer wird. Größer wird durch gesetzliche Auflagen, größer wird durch kompliziertere Tarifverträge, größer wird durch die wirtschaftliche Lage, indem der Betriebsrat ja fast jeden Tag über Entlassung, Versetzung, Kurzarbeit und Einstellung entscheiden muß, und daß der Betriebsrat von daher immer weniger die Möglichkeit hat, in unmittelbarem Kontakt mit den Belegschaften über deren Probleme zu reden. Aber ich möchte davor warnen, Basisnähe dahingehend umzudeuten, daß der Betriebsrat jeden Tag in die Hallen zu laufen hätte und ruft:

„Hallo, schaut, ich bin auch da.“ Basisnähe bedeutet für mich, daß der Betriebsrat seine Arbeit so organisiert hat, daß er unmittelbar und ohne Verzögerung auf seinen Schreibtisch kriegt, was an Stimmungen draußen in der Belegschaft ist, damit es unmittelbar einfließen kann in seine täglichen Arbeitsaufgaben . . .

Dr. Locher:

. . . die natürlich größer werden auch durch die Mitbestimmung! Aber dieses ist ein weites Feld, ein anderes. Gäbe es die Möglichkeit für die IG Metall, durch einen politischen Ruck nach links Absplittierungen, wie sie sich bei dem Fall Daimler-Benz gezeigt haben, zu begegnen?

Steinkühler:

Man darf sagen, da Daimler-Benz nicht symptomatisch ist, stellt sich für uns auch nicht die Frage, einen Ruck nach links zu vollziehen. Ich bestreite in der Hinsicht, daß es eine politische Wahl im landläufigen Links-Rechts-Schema ist.

Dr. Locher:

Könnten Sie sich einen Ruck nach links durch die IG Metall insgesamt vorstellen?

Steinkühler:

Ich kann mir dies natürlich vorstellen, aber nicht, weil dies die Führung beschließt, sondern weil möglicherweise die ökonomischen Umstände und die politischen Verhältnisse unsere Mitgliedschaft, deren Interessen wir zu vertreten haben, nach links bringen. Es zeichnet sich allerdings im Moment nichts ab, was zu der Schlußfolgerung Anlaß geben würde, daß die IG Metall bereits auf diesem Weg sei.

Dr. Locher:

Herr Steinkühler, die Wahlen für die Arbeitnehmerbank, Sie haben das ein paarmal gesagt, waren für die IG Metall insgesamt erfolgreich, sieht man von Daimler-Benz ab. Weniger zufrieden können Sie meiner

Meinung nach sein mit dem Versuch, betriebsfremde IG-Metall-Mitglieder oder IG-Metall-Vertreter in die wichtigen Positionen der Stellvertreter in die Aufsichtsräte zu bekommen. Da hat es, wenn meine Informationen stimmen, nicht so geklappt, wie die Gewerkschaften es sich erhofft haben. Gibt es so eine Art syndikalistisches Denken, eine neue Koalition Arbeitgeberbank-Arbeitnehmer aus dem Betrieb gegen den, wie man landläufig sagt, betriebsfremden Funktöner?

Steinkühler:

In dieser Frage steckt, ob gewollt oder ungewollt, ein Sprengstoff. Feststellen darf ich, daß es der Kapitaleignerseite gelungen ist, lauter Betriebsfremde zu Aufsichtsratsvorsitzenden zu machen. Das Kriterium „betriebsfremd“ ist auf der Kapitaleignerseite überhaupt nicht anstößig. Denn dort sind in der Regel Betriebsfremde Aufsichtsratsvorsitzende. Richtig ist, daß Betriebsfremde viel weniger auf der Arbeitnehmerseite stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende wurden. Für Baden-Württemberg darf ich sagen, daß die IG Metall in diesem Land sich darum auch nicht allzusehr bemüht hat, weil eine Argumentation nicht ganz von der Hand zu weisen ist, daß dem Betriebsratsvorsitzenden des jeweiligen Unternehmens die Funktion des stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden im Sinne der Interessenvertretung für die Belegschaft mehr nützen könnte, als beispielsweise ein Bevollmächtigter von uns oder gar der Bezirksleiter. Wir haben deshalb also nicht in dem entscheidenden Betrieb - um es deutlich zu machen - den Versuch unternommen, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender zu werden. Eine andere Frage ist die von Ihnen angesprochene Tendenz zum Betriebssyndikalismus. Ja, ich kann nicht bestreiten, daß wir diese Tendenzen sehen, und ich will auch zugeben, daß wir diese Tendenzen fürchten. Diese Mitbestimmung birgt in sich in der Tat den Keim des Betriebsyndikalismus, weil die internen Arbeitnehmervertreter in der Regel weniger in der Lage sind und auch weniger bereit sind, betriebsübergreifende Probleme in ihre Ent-

Scheidungen einzubeziehen, weil uns bislang auch nicht in genügendem Maße gelungen ist, daß die Entscheidungen der Geschäftsleitungen in der Regel viel weniger betriebsinternen Charakter als betriebsübergreifenden Charakter haben. Dies ist ein langsamer Prozeß, und die Mitbestimmung hat ja gerade erst angefangen. Die Erfahrungen bislang sind noch nicht allzu fest. Es sind sehr oberflächliche und sehr kurze Erfahrungen, die Anlaß geben, Befürchtungen zu haben. Ich meine, man sollte dieser Mitbestimmung noch ein bißchen Zeit und ein bißchen Chance geben, sich zu bewähren. Man sollte auch einigen Unternehmen, die — lassen Sie mich das deutlich sagen - im Moment noch am Rande des Durchdrehens sind, doch die Chance geben, zum normalen, ruhigen Denken zurückzufinden.

Dr. Locher:

Herr Steinkühler, in diesem Jahr haben Sie einen Arbeitskampf geführt mit Aussperrungen. Nun liegen Urteile vor, wonach Aussperrungen nicht Rechtens sind, etwa 4 oder 6 oder 8. Dem entgegen stehen 35 Urteile; die Verfahren sind jetzt in der 2. Instanz. Anfang November wird von der 2. Instanz ein Urteil erwartet. Nun gibt es Äußerungen aus dem Gewerkschaftslager, daß sich bei der Anerkennung der Aussperrung als Mittel im Arbeitskampf die gewerkschaftliche Taktik ändern müsse, also anstelle des Streiks und der Aussperrung beispielsweise eine Art Rollier- oder Punkstreiks.

Steinkühler:

Ich bin sicher, daß die Rechtsprechung auf Dauer - und ich weiß sehr wohl, wie gefährlich dies ist - am Rechtsempfinden des größten Teils der Bevölkerung nicht vorbeigehen kann und feststellt, daß 65 % der Bevölkerung nach einer Umfrage die Aussperrung für Unrecht halten, und daß 80 % der Bevölkerung die Streiks für rechtmäßig halten. Dies ist ein Prozeß, der auch eine gewisse Zeit braucht, um zu reifen. Wenn aber — und da würde ich nicht mal sagen, wider Erwarten - die letzte Instanz die noch herrschende

Rechtsauffassung, um nicht zu sagen, die noch bestehende Rechtsauffassung der Herrschenden, sanktionieren sollte, wird es natürlich Einfluß haben auf das Kampfverhalten einer Gewerkschaft, denn eine Gewerkschaft kann sich Aussperrungen finanziell nicht leisten. Allein ein großes Automobilunternehmen beispielsweise macht in einem einzigen Jahr mehr Gewinn nach Steuern als die ganze große IG Metall in ihrem Streikmantel hat, und ein Streik wird ja nur in einem Tarifgebiet geführt und die Aussperrung auch. In dem anderen Tarifgebiet gibt es dann immer noch keinen Abschluß, d. h. es wäre ja vorstellbar, daß auch die anderen Tarifgebiete diese Aussperrung über sich ergehen lassen müssen. Aussperrung würde also im Grunde Gewerkschaften streikunfähig machen, und das bedeutet, daß wir die Arbeitnehmer darauf vorzubereiten haben. Das sind wir unserer Verantwortung schuldig. Mit uns gemeinsam darüber nachzudenken, wo man nötigenfalls auch bei bestehender Aussperrung unsere Vorstellungen kampfwisend durchsetzen können. In welcher Form, weiß ich bis zur Stunde noch nicht.

Dr. Locher:

Bekommen wir dann nicht englische Zustände, Herr Steinkühler?

Steinkühler:

Ja, ich meine, die Unternehmer können ja nicht alles haben. Sie können nicht brave deutsche Gewerkschaften haben auf der einen Seite, und dafür nicht ein einziges Entgegenkommen am Verhandlungstisch geben. Man kann nicht verhandlungsunwillig sein, wie es deutsche Unternehmer zunehmend werden, und streikunwillige Gewerkschaften gleichzeitig haben, das geht nicht. Wer am Verhandlungstisch nicht mehr bereit ist, für sozialen Ausgleich zu sorgen, der verändert das soziale Klima und hat auch die Verantwortung dafür zu tragen.